

Antragsbuch

zum Parteitag der SPD Gelsenkirchen
am 13.11.2018

Gesamtschule Berger Feld



Inhaltsübersicht

A1	AfB und AG Migration und Vielfalt	Antrag zu Internationalen Förderklassen im Primarbereich	3
A2	Gesprächskreis SPD und Glaube, Ortsvereine Erle-Nord und Heßler	Artgerechte Behandlung von Tieren in der Landwirtschaft	4
A3	OV Rotthausen	Klare Regeln gegen Sozialbetrug durch Zuwanderung nach Deutschland, insbesondere aus Südosteuropa.	5 - 6

A1

Antrag zu Internationalen Förderklassen im Primarbereich

Antragsteller: AfB und AG Migration und Vielfalt

Adressat: Landtagsfraktion

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1
2 Der Unterbezirksparteitag fordert die SPD- Landtagsfraktion auf darauf hinzuwirken, auf eine
3 generelle Neubildung von IFÖ-Klassen in den Stufen 1 und 2 in den Grundschulen zu verzich-
4 ten. Zudem soll erreicht werden, die Kinder der jetzigen IFÖ-Klassen in den Grundschulen in-
5 nerhalb von 2 Jahren in Regelklassen zu integrieren. Dazu müssen die Rahmenbedingungen da-
6 hingehend geändert werden, dass es mehr Lehrer und kleinere Klassen an den entsprechenden
7 Schulen geben muss.

8
9 Begründung:

10
11 In Gelsenkirchen haben wir aktuell 46 Internationale Förderklassen an 27 Grundschulen. Be-
12 trachtet man die letzten zwei Jahre, sind die Internationalen Förderklassen massiv angewach-
13 sen. Jedoch wird deutlich, dass die Integration so nicht funktioniert. Es kann im ungünstigen
14 Fall zur Bildung von Parallelgesellschaften führen. Um das zu verhindern sind frühzeitige Kon-
15 takte der Kinder insbesondere zu deutschen und anderen Kindern mit Migrationshintergrund
16 notwendig. Die Kinder aus Zuwandererfamilien können nur so Normen und Werte der Gesell-
17 schaft und insbesondere die deutsche Sprache kennenlernen und erleben dies als sinnvoll.

18
19 Ein weiterer Punkt, der für die Abschaffung der Internationalen Förderklassen (IFÖ) an Grund-
20 schulen spricht ist, dass es für diese Klassen keinen vorgegeben Lehrplan gibt. Viele der Kinder,
21 die diese Klassen besuchen oder besucht haben, berichten darüber, dass der Lehrplan von allen
22 Schulen unterschiedlich ausgelegt wird und dass das Lehrpensum viel zu schwach ist. Viele der
23 Kinder verbleiben zwei bis drei Jahre in diesen Klassen. Einige davon wechseln von IFÖ 2-4 in
24 die IFÖ Klassen der weiterführenden Schulen. Dort verbleiben die Kinder erneut einige Jahre.
25 Auch viele Eltern der Zuwandererkinder wünschen sich deshalb eine sofortige oder zügige In-
26 tegration in den normalen Schulalltag.

A2

Artgerechte Behandlung von Tieren in der Landwirtschaft

Antragsteller: Gesprächskreis SPD und Glaube, Ortsvereine Erle-Nord

Adressat: SPD - Bundestagsfraktion

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Wir fordern die SPD - Bundestagsfraktion auf, eine Wende in der Landwirtschaftspolitik zu be-
2 treiben. Das Wohlergehen von Tieren muss einen neuen Stellenwert erhalten. Dieses gilt vor
3 allem für die Massentierhaltung in agrar-industriellen Betrieben.

4
5 Jedes Tier muss würdevoll behandelt und gehalten werden. Daher setzen wir uns für eine art-
6 gerechte und ökologisch nachhaltige Tierhaltung ein und wenden uns eindeutig gegen die fol-
7 genden Praktiken:

- 8
9 • Käfighaltung von Hühnern
10 • Schreddern von männlichen Küken
11 • Kastenhaltung von Schweinen
12 • Anbindetechniken bei Milchkühen
13 • Kastration von männlichen Ferkeln ohne Betäubung
14 • Trennung der Kälber von ihren Müttern gleich nach der Geburt
15 • unwürdige Tiertransporte
16 • unzureichende Betäubung bei der Schlachtung
17 • Schlachtung von Kühen, die trächtig sind
18 • weitere grobe Verstöße gegen eine artgerechte Tierhaltung.

19
20 Begründung

21 Aus umwelt - und tierethischen Gründen ist ein Umdenken in der deutschen Landwirtschafts-
22 politik erforderlich. Tiere sind fühlende Wesen, sie sind keine leblosen Sachen. Es sind leben-
23 dige, soziale und intelligente Lebewesen, die unseren Respekt und unsere Fürsorge verdient ha-
24 ben. Wir möchten den Tieren eine Stimme verleihen und uns für die Beseitigung der vorhande-
25 nen Missstände einsetzen, die alle erhebliche Auswirkungen auf unser Leben, unsere Gesund-
26 heit und unsere Umwelt haben und mit unseren sozialdemokratischen Grundwerten unverein-
27 bar sind.

A3

Klare Regeln gegen Sozialbetrug durch Zuwanderung nach Deutschland, insbesondere aus Südosteuropa

Antragsteller: OV Rotthausen

Adressat: Verantwortliche SPD Fraktionen / Gruppen in den Landesparlamenten, im Bundes- und Europaparlament

angenommen

abgelehnt

überwiesen

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Die SPD Gelsenkirchen fordert die für die Europapolitik zuständigen o.g. Gremien auf, sich da-
2 für einzusetzen, dass für einen Zuzug aus Südosteuropa klare gesetzliche Regeln geschaffen
3 werden, die eine Zuwanderung in die Sozialsysteme ausschließen. Arbeitnehmerfreizügigkeit
4 soll ausschließlich für Arbeitnehmer gelten, die nachweisen können, dass sie sich und ihre Fa-
5 milie aus eigenem Arbeitseinkommen vollständig unterhalten können, ohne Sozialleistungen
6 in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus soll Kindergeld in der Höhe der in Deutschland gelten-
7 den Gesetze nur für Kinder gewährt werden, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt ha-
8 ben. Für im Ausland lebende Kinder soll maximal das im Heimatland geltende Kindergeld ge-
9 zahlt werden.

10

11 Begründung:

12 Der Ortsverein Rotthausen hatte bereits zum UB-Parteitag am 21.11.2017 einen ähnlich lau-
13 tenden Antrag gestellt, der jedoch keine Mehrheit gefunden hat. Zwischenzeitlich haben sich
14 die Probleme, die durch Armutszuwanderung entstanden sind, in vielen deutschen Großstäd-
15 ten deutlich verschärft. Viele SPD-Oberbürgermeister deutscher Großstädte fordern daher eine
16 Änderung der Freizügigkeitsregeln.

17 In der WAZ-Ausgabe vom 08.09.2018 fordert der Duisburger Oberbürgermeister Sören Link
18 (SPD) „eine Änderung der Regeln für die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU“.

19 Die WAZ schreibt weiter: „Er kritisiert erneut den Kindergeldbetrug durch Banden aus Südost-
20 europa. ‚Es reicht, wenn ein Elternteil in Duisburg lebt, damit alle in Bulgarien oder Rumänien
21 lebenden Kinder vom deutschen Staat Kindergeld bekommen‘. Es könne nicht sein, ‚dass ein
22 Minijob reicht, um bei uns volle Aufstockungsleistungen nach dem SGB II zu bekommen. Da
23 muss der Gesetzgeber ran‘.

24 Link sagt weiter: ‚Wenn ich höre, dass man in einigen Städten in Bulgarien oder Rumänien auf
25 offener Straße Geburtsurkunden kaufen kann und die Behörden nicht dagegen vorgehen
26 macht mich das wütend‘.“ (Zitatende des WAZ-Artikels).

27 Auch nach Sören Link ist das mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit so nicht gedacht. Man müsse
28 als Voraussetzung für die Zuwanderung die Sprache des Landes können, in welches man ja oh-
29 nehin nur zur Arbeitsaufnahme einreisen dürfe.

30 Auch der Magdeburger Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper kritisiert in der ARD-Sendung
31 „Fakt“ vom 15.05.2018 die Zuwanderung in die Sozialsysteme und den organisierten Sozialbe-
32 trug, der erst durch die Anwendung der bisherigen europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit
33 möglich geworden ist. In diesem Beitrag wird die Spaltung der Gesellschaft, insbesondere in
34 den vom Zuzug von Familien aus Südosteuropa betroffenen Stadtteilen und Quartieren, deut-

Unterbezirksparteitag am 13.11.2018

35 lich. Der Genosse Trümper fordert in dem Beitrag eine gesetzliche Regelung, der die Arbeitneh-
36 merfreizügigkeit im Sinne der auch vom Duisburger Oberbürgermeister geforderten Kriterien
37 entspricht.

38 Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert Änderungen, der die entsprechenden
39 Lücken im Gesetz schließt. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeinde-
40 bundes, Gerd Landsberg ist der Meinung, dass man diese Probleme lösen könne, wenn man es
41 nur wolle.

42 [https://www.ardmediathek.de/tv/FAKT/Verdacht-Organisierter-Sozialbetrug/Das-Erste/Vi-](https://www.ardmediathek.de/tv/FAKT/Verdacht-Organisierter-Sozialbetrug/Das-Erste/Video?bcastId=310854&documentId=52439988)
43 [deo?bcastId=310854&documentId=52439988](https://www.ardmediathek.de/tv/FAKT/Verdacht-Organisierter-Sozialbetrug/Das-Erste/Video?bcastId=310854&documentId=52439988)